

**Ausschuss der Regionen****CIVEX-V-011****87. Plenartagung
1./2. Dezember 2010****STELLUNGNAHME
des Ausschusses der Regionen****"LOKALE UND REGIONALE GEBIETSKÖRPERSCHAFTEN IN DER
UKRAINE UND ENTWICKLUNG DER ZUSAMMENARBEIT
ZWISCHEN DER UKRAINE UND DER EUROPÄISCHEN UNION"****DER AUSSCHUSS DER REGIONEN**

- weist darauf hin, dass seine Stellungnahme "Lokale und regionale Gebietskörperschaften in der Ukraine und Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und der Ukraine" (CdR 34/2007) nach wie vor aktuell ist und dass sämtliche darin ausgesprochenen politischen Empfehlungen weiterhin gelten; ist jedoch der Auffassung, dass der Abschnitt über die Beziehungen zwischen der EU und der Ukraine mit Blick auf die Entwicklungen der vergangenen Jahre auf den neuesten Stand gebracht werden muss;
- weist erneut auf die Bedeutung von Programmen der grenzübergreifenden Zusammenarbeit sowie auf die Notwendigkeit hin, bei der Anbahnung und Entwicklung von Partnerschaften sowie bei der Übertragung ihrer Ergebnisse auf andere lokale Gebietskörperschaften in der Ukraine einen von unten nach oben gerichteten Ansatz anzuwenden, wie in seiner Stellungnahme "Für eine starke Europäische Nachbarschaftspolitik" (CdR 134/2008) betont wurde;
- weist zudem darauf hin, dass die Ukraine das erste Land der Östlichen Partnerschaft sein könnte, das die Verhandlungen über ein Assoziierungsabkommen abschließt, und dass die Östliche Partnerschaft die Gelegenheit bietet, die Beziehungen zwischen der EU und der Ukraine zu vertiefen;
- begrüßt es, dass die Fußball Europameisterschaft 2012 der UEFA gemeinsam von Polen und der Ukraine ausgerichtet wird, und weist erneut auf die Chancen hin, die sich dadurch für die regionale Zusammenarbeit bieten.

Berichterstatter

István SÉRTŐ-RADICS (HU/ALDE), Bürgermeister von Uszka

I. POLITISCHE EMPFEHLUNGEN

DER AUSSCHUSS DER REGIONEN

1. weist darauf hin, dass seine Stellungnahme "Lokale und regionale Gebietskörperschaften in der Ukraine und Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und der Ukraine" (CdR 34/2007) nach wie vor aktuell ist und dass sämtliche darin ausgesprochenen politischen Empfehlungen weiterhin gelten; ist jedoch der Auffassung, dass der Abschnitt über die Beziehungen zwischen der EU und der Ukraine mit Blick auf die Entwicklungen der vergangenen Jahre auf den neuesten Stand gebracht werden muss;
2. verweist darauf, dass die Ukraine nach den Ereignissen, die Ende 2004 zur "orangenen Revolution" geführt haben, ehrgeizige Reformen eingeleitet hat, die dazu dienen sollen, Demokratie und Marktwirtschaft fest in dem Land zu verankern und es näher an die EU heranzuführen; weist jedoch darauf hin, dass der Erfolg der Reformen noch nicht gesichert ist;
3. begrüßt die Assoziierungsagenda EU-Ukraine, mit deren Hilfe die Umsetzung des Assoziierungsabkommens vorbereitet und erleichtert werden soll; begrüßt den Vorschlag, im Rahmen der laufenden Verhandlungen über das Assoziierungsabkommen eine institutionelle Plattform zu schaffen, durch die die Konsultation von ranghohen Beamten in der EU und in der Ukraine erleichtert werden soll; bedauert jedoch, dass bislang keine Vorkehrungen getroffen wurden, um gleichermaßen die Konsultation von Akteuren der grenzübergreifenden und regionalen Zusammenarbeit zu gewährleisten, und fordert die Europäische Kommission deshalb auf, für die Vertreter der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften der EU und der Ukraine einen Ausschuss einzusetzen, der eine vergleichbare institutionelle Plattform darstellt;
4. schlägt vor, dass er - mit praktischer Unterstützung durch die Europäische Kommission und im Einklang mit der zwischen der EU und der Ukraine unterzeichneten Assoziierungsagenda - ein Rahmenabkommen über die Zusammenarbeit lokaler und regionaler Gebietskörperschaften in der Ukraine und den EU-Mitgliedstaaten erarbeitet, das die Grundlage für die Zusammenarbeit zwischen den lokalen und regionalen Gebietskörperschaften in den Mitgliedstaaten der EU und ihren Partnern in der Ukraine bilden könnte;
5. begrüßt alle EU-Maßnahmen, die die Ukraine in ihrer Entwicklung unterstützen und den Aufbau effizienter Verwaltungsstrukturen fördern, sowie alle geeigneten Initiativen zur Stärkung der eigenständigen Entwicklung der politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit in der Ukraine; verweist in diesem Zusammenhang auf seine Stellungnahme "Die Schwarzmeer-synergie - eine neue Initiative der regionalen Zusammenarbeit" (CdR 155/2007) und betrachtet die Einbeziehung der Ukraine in die Schaffung der Euregio Schwarzmeer als gutes Beispiel für die grenzübergreifende Zusammenarbeit;

6. begrüßt die Tatsache, dass die ENPI-Mittelausstattung für die Ukraine im Einklang mit dem Nationalen Richtprogramm im Zeitraum 2007-2010 494 Mio. EUR betrug, mit denen die wichtigsten politischen Ziele der Assoziierungsagenda unterstützt werden sollten, und dass für den Zeitraum 2011-2013 gemäß dem Beschluss der Europäischen Kommission vom März 2010 Mittel in Höhe von 470,1 Mio. EUR zur Unterstützung von Kooperationsprojekten in der Ukraine eingeplant sind; betont, dass die Ukraine zusätzlich zu den bilateralen Mittelzuweisungen auch an vier Programmen der grenzübergreifenden Zusammenarbeit im Rahmen des ENPI beteiligt ist, wobei für Programme im Zeitraum 2007-2013 insgesamt 401,163 Mio. EUR bereitgestellt wurden; betont jedoch, wie wichtig es ist, die verschiedenen Initiativen und Programme aufeinander abzustimmen und bestehende Programme, Projekte und Instrumente der Gemeinschaft miteinander zu verknüpfen, um Überschneidungen bei den Projekten zu vermeiden und Effizienz und Fortschritte bei den Programmen der grenzübergreifenden Zusammenarbeit zwischen der EU und der Ukraine zu gewährleisten;
7. weist erneut auf die Bedeutung von Programmen der grenzübergreifenden Zusammenarbeit sowie auf die Notwendigkeit hin, bei der Anbahnung und Entwicklung von Partnerschaften sowie bei der Übertragung ihrer Ergebnisse auf andere lokale Gebietskörperschaften in der Ukraine einen von unten nach oben gerichteten Ansatz anzuwenden, wie in seiner Stellungnahme "Für eine starke Europäische Nachbarschaftspolitik" (CdR 134/2008) betont wurde;
8. begrüßt den Dialog, der zurzeit über Visafragen geführt wird, und fordert die Ukraine und die angrenzenden EU-Mitgliedstaaten auf, Möglichkeiten zur Erleichterung des Grenzverkehrs (gemeinsame Grenzkontrollen, Aufhebung der Visumpflicht für die Bewohner der Grenzregion) zu prüfen. Dabei ist dafür Sorge zu tragen, dass der illegalen Einwanderung in die EU kein Vorschub geleistet wird;
9. hebt die Bedeutung der neuen Östlichen Partnerschaft im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) hervor und bekräftigt, dass Formen einer engeren Zusammenarbeit mit Ländern der Östlichen Partnerschaft entwickelt werden müssen, wie in seiner Stellungnahme "Die Rolle der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften in der Östlichen Partnerschaft" (CdR 78/2009) erläutert wurde; ist der Auffassung, dass der Östlichen Partnerschaft auch eine "territoriale" Dimension verliehen werden muss, und fordert die möglichen Partner deshalb auf, eine multilaterale Vereinbarung zu treffen, die die Tätigkeit eines Europäischen Verbunds für territoriale Zusammenarbeit (EVTZ), wie er in der EU besteht, und eines Verbunds für euroregionale Zusammenarbeit (VEZ), wie ihn die Mitgliedstaaten des Europarats kennen, auch in der Ukraine ermöglicht;
10. weist darauf hin, dass die Ukraine das erste Land der Östlichen Partnerschaft sein könnte, das die Verhandlungen über ein Assoziierungsabkommen abschließt, und dass die Östliche Partnerschaft die Gelegenheit bietet, die Beziehungen zwischen der EU und der Ukraine zu vertiefen; ist der Auffassung, dass zur Umsetzung der Östlichen Partnerschaft auf subnationaler Ebene bei der Arbeit der thematischen Plattformen folgende Punkte behandelt werden sollten:

- Dezentralisierung und Verwaltungsreformen;
 - Ausbau der Kapazitäten der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften und ihrer Verwaltungen;
 - Entwicklung von Formen einer dauerhaften Zusammenarbeit mit den lokalen und regionalen Gebietskörperschaften in den Partnerländern und den jeweiligen nationalen Verbänden der lokalen Gebietskörperschaften;
 - Unterstützung lokaler und/oder regionaler grenzübergreifender Projekte;
 - Förderung von vertrauensbildenden Maßnahmen, des Austauschs in Kultur, Bildung und Forschung sowie der Zusammenarbeit im Rahmen von Städtepartnerschaften bei einem breiten Spektrum von Themen betreffend Justiz, Freiheit und Sicherheit sowie Migrationsfragen;
 - Möglichkeiten der nachgeordneten Regierungsebenen, sich an internationalen/europäischen Projekten und Kontaktforen zu beteiligen;
11. erwartet mit Interesse die Umsetzung der nächsten Stufe des Plans für eine Verwaltungsreform in der Ukraine, wobei insbesondere die Zuständigkeiten der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften, die Dezentralisierung im Steuerbereich sowie die Gebietsreform von Bedeutung sind; stellt fest, dass die Dezentralisierung in der Ukraine noch unvollständig ist, und befürwortet deshalb die Stärkung der Verwaltungskapazitäten und der guten Regierungsführung in der Ukraine, wobei insbesondere folgende Punkte hervorzuheben sind:
- vollständige Anpassung der ukrainischen Gesetzgebung an die Europäische Charta der kommunalen Selbstverwaltung;
 - Übertragung zusätzlicher Kompetenzen an die nachgeordneten Regierungsebenen;
 - Umgestaltung der Regionalverwaltung zu einer teilweise unabhängigen Regierungsebene;
 - Förderung der finanziellen Unabhängigkeit der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften;
12. betont, wie wichtig die Entwicklung der Demokratie, der verantwortungsvollen Regierungsführung und der Stabilität sowie der Zusammenarbeit zwischen den Partnern auf lokaler und regionaler Ebene ist. Bei der Entwicklung der Demokratie auf der lokalen Ebene sollte der Schwerpunkt auf die Stärkung des Pluralismus und der Meinungs- und Medienfreiheit sowie auf die Wahrung der Rechte von Minderheiten gelegt werden. Der AdR ist der Auffassung, dass für Pilotprojekte im Bereich der Regionalentwicklung zusätzliche Mittel bereitgestellt werden sollten, die nach dem Vorbild der EU-Kohäsionspolitik auf die Bedürfnisse in den Kommunen in den Bereichen Infrastruktur, Humanressourcen und kleine und mittlere Unternehmen (KMU) ausgerichtet sind;
13. betont die wichtige Rolle des Ausschusses der Regionen bei der Weitergabe von Erfahrungen und bewährten Vorgehensweisen (einschließlich bei der Durchführung der Instrumente TAIEX und SIGMA und anderer bilateraler Projekte) an die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften in der Ukraine mit dem Ziel, eine angemessen ausgestattete und besser geführte öffentliche Verwaltung auf der regionalen und lokalen Ebene zu unterstützen, die

ihrer Rechenschaftspflicht stärker nachkommt und im Geiste der Transparenz, der Inklusion und der Effizienz arbeitet;

14. begrüßt es, dass die Fußballeuropameisterschaft 2012 der UEFA gemeinsam von Polen und der Ukraine ausgerichtet wird, und weist erneut auf die Chancen hin, die sich dadurch für die regionale Zusammenarbeit bieten.

Brüssel, den 2. Dezember 2010

Die Präsidentin
des Ausschusses der Regionen

Mercedes BRESSO

Der Generalsekretär
des Ausschusses der Regionen

Gerhard STAHL

II. VERFAHREN

Titel	"Lokale und regionale Gebietskörperschaften in der Ukraine und Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen der Ukraine und der Europäischen Union"
Referenzdokument(e)	
Rechtsgrundlage	Artikel 307 Absatz 4 AEUV
Geschäftsordnungsgrundlage	Artikel 39 b und 42 GO
Befassung durch den Rat/Schreiben der Kommission	
Beschluss der Präsidentin/Präsidiumsbeschluss	8. Juni 2010
Zuständig	Fachkommission für Unionsbürgerschaft, Regieren, institutionelle Fragen und Außenbeziehungen (CIVEX)
Berichterstatter	István SÉRTŐ-RADICS (HU/ALDE), Bürgermeister von Uszka
Analysevermerk	12. Mai 2010
Prüfung in der Fachkommission	12. Oktober 2010
Annahme in der Fachkommission	12. Oktober 2010
Abstimmungsergebnis	mehrheitlich angenommen
Verabschiedung auf der Plenartagung	2. Dezember 2010
Frühere Ausschusstellungsmaßnahmen	<ul style="list-style-type: none"> – Stellungnahme vom 11. Oktober 2007 "Lokale und regionale Gebietskörperschaften in der Ukraine" (CdR 34/2007¹) – Stellungnahme vom 22. April 2009 "Die Rolle der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften in der Östlichen Partnerschaft" (CdR 78/2009²) – Stellungnahme vom 9. Oktober 2008 "Für eine starke europäische Nachbarschaftspolitik" (CdR 134/2008³) – Stellungnahme vom 7. Februar 2008 "Synergien im Schwarzmeerraum - eine neue Initiative zur regionalen Zusammenarbeit" (CdR 155/2007⁴) – Stellungnahme vom 14. April 2005 zu der "Mitteilung der Kommission: Europäische Nachbarschaftspolitik – Strategiepapier", KOM(2004) 373 (CdR 336/2004⁵)

¹ ABl. L 305 vom 15.12.2007, S. 20.

² ABl. L 200 vom 25.8.2009, S. 31.

³ ABl. L 325 vom 19.12.2008, S. 87.

⁴ ABl. L 105 vom 25.4.2008, S. 46.

⁵ ABl. L 231 vom 20.9.2005, S. 58.